



Pressemitteilung Nr. 7/2007

Köln, 07. Mai 2007

Post trotz Milliardengewinnen größter Stellenvernichter Kritische Aktionäre protestieren bei Hauptversammlung gegen Sozialabbau

Köln – Massenhafter Stellenabbau und erhöhter Arbeitsdruck kennzeichnen die Lage bei der Deutschen Post AG trotz eines Gewinns von fast 2 Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2006. Im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern im In- und Ausland wird Lohn-Dumping beim weltgrößten Logistik-Konzern immer mehr zum Geschäftsmodell. Nach Öffnung des Briefmarktes will der „Gelbe Riese“ noch mehr Stellen abbauen und den Service in vielen Filialen verringern.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre wird bei der Hauptversammlung der Deutschen Post AG am Dienstag in Köln auf viele der Missstände hinweisen. „Der neue Wettbewerb im Briefmarkt wird hauptsächlich auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen“, sagte der Kritische Aktionär Toni Kilger. „Vollzeit-Arbeitsplätze werden nach und nach in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt, die den Beschäftigten kein ausreichendes Einkommen mehr verschaffen.“ Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di befürchtet, dass 5000 weitere Jobs vernichtet werden, wenn die Post die 41-Stunden-Woche für ihre Beamten einführt. Seit 1997 sind laut ver.di-Vorstand Rolf Büttner 15.000 Vollzeit-Arbeitsplätze bei der Post verloren gegangen und durch "ungeschützte Minijobs und Armutslöhne" bei den privaten Konkurrenten ersetzt worden.

Bei den Post-Beschäftigten gärt die Unzufriedenheit seit langem. Immer mehr Bedienstete sind nicht mehr bereit, Verbote, Schikanen, Mobbing und ungerechtfertigte Kündigungen hinzunehmen. „Im Betriebstechnik-Bereich der Briefzentren wurde das Personal auch um rund 30 Prozent reduziert, jedoch der Umfang der zu betreuenden technischen Einrichtungen nahezu verdoppelt“, schildert ein Service-Techniker aus Sachsen die Verhältnisse. „Dies bedeutet nicht nur wesentlich mehr Stress und ungünstigere Arbeitszeiten, sondern auch eine geringere Qualität der Instandhaltung.“

Ein neues "Gesundheits-Management" soll den Krankenstand bei der Post senken. „Unter dem Deckmantel, die Gesundheit der Mitarbeiter verbessern zu wollen, werden Kranke durch intensive Gespräche unter Druck gesetzt“, klagte ein Post-Mitarbeiter.

Eine Briefzustellerin aus Baden-Württemberg erhielt eine Abmahnung, weil sie die Post angeblich in der Öffentlichkeit schlecht machen wollte. Tatsächlich sollte sie daran gehindert werden, als Belegschaftsaktionärin an der Hauptversammlung der Deutschen Post teilzunehmen. Gegen eine spätere Kündigung wehrte sich die Mitarbeiterin erfolgreich vor Gericht. „Das Management der Deutschen Post muss endlich seine soziale Verantwortung wieder wahrnehmen“, forderte Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.

Kontakt:

Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Tel. 0221 / 599 56 47, Fax: 0221 – 599 10 24

dachverband@kritischeaktionaeere.de

www.kritischeaktionaeere.de

Während der Post-Hauptversammlung:

Mobil-Tel. 0173 – 713 52 37